

Auf dem Weg zur breiten Mitte – die USA und die Chancen einer religionspolitischen Kurskorrektur

STEFAN LASZLO

»This is not a right-wing country. At the moment it's basically a centrist country that in this election tilted slightly to the right, but there is an alternative majority out there.«

(E.J. Dionne Jr. nach den Präsidentschaftswahlen 2004)

Der Journalist E.J. Dionne Jr. war nicht der einzige, der nach den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2004 die Sehnsucht nach einer »alternativen Mehrheit« zum Ausdruck brachte. Schockiert vom Wahlsieg George W. Bushs identifizierten die Anhänger der Demokraten bei der Analyse des Wahlausgangs schnell einen Aspekt, der bald als entscheidend gewichtet werden musste: die Bedeutung der religiösen Wähler. Zerknirscht mussten sie anerkennen, dass die extensiven Mobilisierungsstrategien der Republikanischen Partei und der Christlichen Rechten die evangelikalen »Fußtruppen« erfolgreich aktiviert hatten (Micklethwait/Wooldridge 2005:405). Ebenso zerknirscht wurde konstatiert, dass es den Demokraten einmal mehr nicht gelungen war, ihre Anziehungskraft bei diesen religiösen Wählern zu erhöhen. Die unbeholfenen rhetorischen Manöver von John F. Kerry machten diese Schwäche schmerzhaft transparent. Die nächsten Präsidentschaftswahlen stehen vor der Tür und mit ihnen die Frage, ob es den Demokraten dieses Mal gelingen kann, ihren Anteil an der »religious vote« gewinnbringend auszubauen. Seit 2004 haben diesbezüglich hoffnungstiftende Entwicklungen eingesetzt. Sie umfassen die Sensibilisierung der Demokratischen Partei für den Faktor Religion, die Diversifikation des evangelikalen Spektrums und Anzeichen für eine Krise im Bündnis von Republikanischer Partei und Christlicher Rechten. Da diese drei Komponenten in einem wechselseitig verwobenen Abhängigkeitsverhältnis stehen, kann diese Konstellation mit der Figur des interdependenten Dreiecks verglichen werden. Fest steht, dass der Faktor Religion für den politischen Prozess in den USA von großer Bedeutung ist und dass die Evangelikalen paradigmatisch für diese Tatsache stehen. Obwohl beide Parteien diesem Umstand

Rechnung tragen müssen, war es bisher primär die Republikanische Partei, die dies auch offensiv umsetzte, mit der Konsequenz, ihr politisches Überleben vom Wohlwollen der Christlichen Rechten abhängig gemacht zu haben. Deren Agieren ist im inhomogenen Segment der Evangelikalen nicht unumstritten; neben der Funktionalisierung ihrer Religion wird vor allem die einseitige thematische Verengung ihres Glaubens auf mobilisierungswirksame Kampft Themen wie Abtreibung und Homo-Ehe kritisiert. Die Demokraten wurden hingegen in der Vergangenheit als nicht wählbare Partei der säkularen Ostküstenelite dämonisiert. Allerdings haben sich die Demokraten seither dem Stigma der »gottlosen Partei« aktiv widersetzt und ihre (Wieder-)Gestaltung der eigenen christlichen Identität in Gang gebracht. Im interdependenten Dreieck der religionspolitischen Kurskorrektur fungieren sie dabei als vital katalysierendes Element: ihre Öffnung für die Befindlichkeiten religiöser Wähler korrespondiert mit der Sehnsucht vieler evangelikaler Gläubiger, die »politics of polarization« zu überwinden und Religiosität als Beitrag zum Allgemeinwohl zu verstehen, nicht als exklusive Abgrenzungsstrategie.

Religiosität als handlungsleitendes Stimulum

Der differenzierende Blick auf das diverse Segment der Evangelikalen bietet sich als Ausgangspunkt an, weil er das Transformationspotential der gegenwärtigen Konstellation verstehen lässt. Und wenngleich die Christliche Rechte mit konservativen Katholiken, Juden und Muslimen koalitiert, daher auch der Terminus »Religiöse Rechte« geläufig ist, um politisch operationalisiertes Eintreten für »traditional values« zu fassen, fungiert als Kern doch der in der weißen Mittelschicht angesiedelte Evangelikalismus als Motor. Dessen in den letzten beiden Dekaden verstärkt auftretender Aktivismus kann in dem von José Casanova formuliertem Theorem der »Deprivatisierung des Religiösen« verortet werden. Casanova reagierte damit auf die dem Säkularisierungsparadigma zugehörige Privatisierungsthese, wonach die Abdrängung des Religiösen in die Privatsphäre Kennzeichen der Moderne sei. Für Casanova ist dies jedoch keine zwangsläufige Kausalität, sondern lediglich eine vorzugsweise gewählte Option (Casanova 1994: 215 ff.). Eine neue Öffentlichkeit kann sich demzufolge in drei gesellschaftlichen Bereichen vollziehen: im Staat, im politischen Diskurs und in der Zivilgesellschaft. In allen drei Sphären sind evangelikale Individuen, Akteure und Gruppen heute aktiv. Der

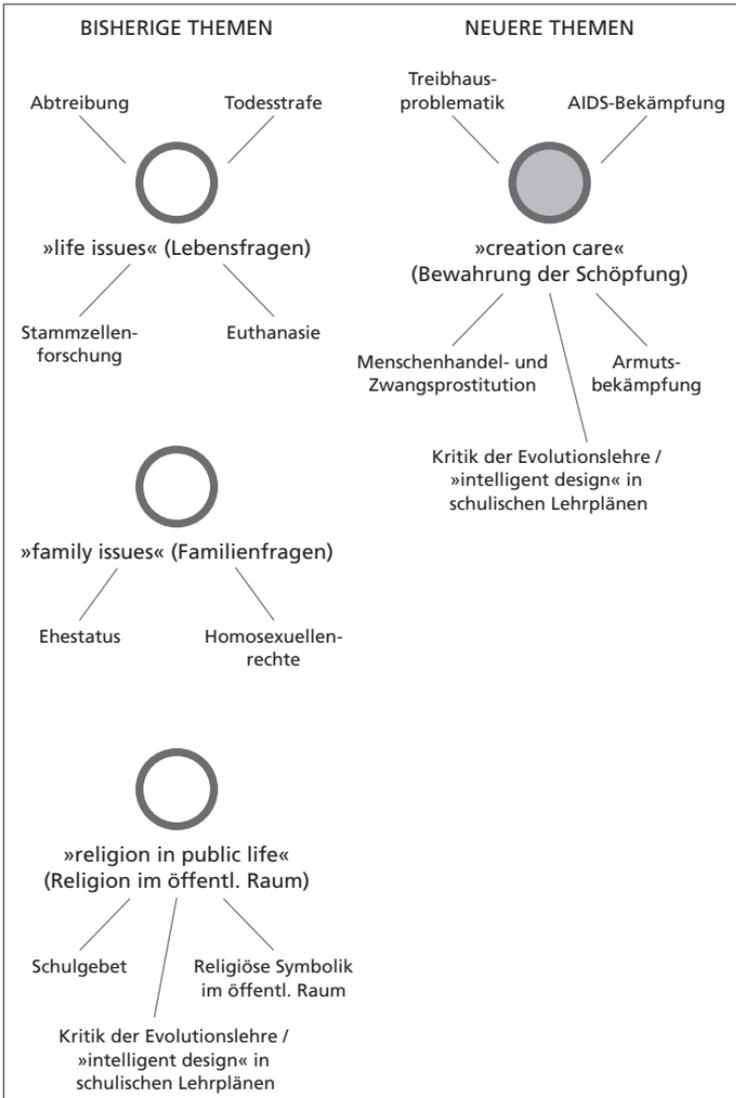
Grund dafür liegt primär im biblischen Mandat, als Jünger Jesu »Salz und Licht« der Welt zu sein, wie es in der Bergpredigt nach Matthäus heißt. »Licht« bedeutet hier, durch dem Nächsten dienende Wohltaten verherrlichend (und werbend) auf den Gott hinzuweisen, der dazu motiviert, in altruistischer Nächstenliebe zu leben. »Salz« hingegen bezieht sich darauf, auch entgegen der Mehrheitsmeinung für unbequeme Wahrheiten konservierend einzustehen (Stott 1992: 59–63). In der Außenwahrnehmung der evangelikalen Bewegung dominiert der Fokus auf die »Salz«-Funktion, was nicht zuletzt am politischen Arm der Christlichen Rechten liegt. Ihr Wirken konnte und kann am »Salz und Licht«-Imperativ anknüpfen und die Vielfalt der Themenbesetzung (vgl. Abbildung 1) zeigt nicht nur das breite Betätigungsspektrum für evangelikale Christen, sondern verweist auch darauf, dass die Politisierung seines Glaubens für den »normalen« Evangelikalen zum integralen Bestandteil seiner Sozialisation gehört.

In der Erweiterung der bisherigen Politagenda (vgl. »neuere Themen«) liegt einer der Schlüssel für die Chance einer umfassenden Neuausrichtung (*Realignment*) der evangelikalen Bewegung mit Blick auf die Demokratische Partei.

Dies ergibt sich zum einen aus der strukturellen Schichtung der Evangelikalen, die in ihrer Gesamtheit rund 26 Prozent der amerikanischen Bevölkerung ausmachen und damit ein Viertel der Wahlberechtigten stellen. Sie teilen als theologische Basis die vier von Mark Noll definierten Kennwerte des evangelikalen Protestantismus, d. h. die Betonung des stellvertretenden Sühneopfers Jesu (*crucicentrism*), die Unfehlbarkeit der Bibel (*biblicism*), die Erfahrung eines dezidierten Konversionserlebnisses (*conversionism*) und die Erfüllung des Missionsauftrages (*activism*) (nach Prätorius 2003: 87). In der Applikation dieser Charakteristika für das konkrete Lebenshandeln unterscheiden sie sich jedoch teils substantziell, so dass die von John Green eingeführte Differenzierung zwischen »traditionalists« (12,6 Prozent), »centrists« (10,8 Prozent) und »modernists« (2,9 Prozent)¹ eine adäquate Orientierungshilfe ist. (Green 2004: 3) Die Konsequenzen für das jeweilige Wahlverhalten ergeben sich aus der Messung der Kennzeichen, die Green den Einzelgruppen zugewiesen hat: regelmäßige Gottesdienstbesuche, Einschätzung der Autorität der Bibel und der Willen zur Anpassung des Glaubens an die Einflüsse der Umgebung sind hier definitionsbildende Faktoren. Für die Gruppe

1. Zahlen in Klammern = Anteil am Gesamtsegment der »weißen Evangelikalen«.

Abbildung 1:
Die evangelikale Agenda – bisherige und neuere Themen



Anmerkung: Die in Anführungszeichen gesetzten englischen Begriffe fungieren in der religionspolitischen Debatte als subsumierende Schlagworte. In Klammern sinnge-
mäßige deutsche Übersetzung.

der »traditionalists«, die am ehesten mit der Christlichen Rechten assoziiert werden kann, sind die Werte am höchsten und fallen hin zu den »modernists« immer weiter ab (ebd.). Da die »modernists« nur eine Minderheit innerhalb der evangelikalen Welt darstellen, verlaufen die zentralen Konfliktlinien zwischen den anteilmäßig fast gleich großen Gruppen der »traditionalists« und der »centrists«. Letztere hatten 2004 mit 36 Prozent für John Kerry gestimmt, stehen dem polarisierenden »Culture war«-Ansatz der Christlichen Rechten ablehnend gegenüber und haben sich jüngst angeschickt, deren politische Vorherrschaft konkret herauszufordern. Dazu gehört z. B. eine von 80 Führungsfiguren unterzeichnete Erklärung, die ein dezidiert evangelikales Bekenntnis zum Klimaschutz darstellt und von der alten Garde als Abweichung von den wirklich bedeutsamen Themen (wie dem Schutz des ungeborenen Lebens) abgelehnt wird (Luo 2006: 2). Doch der Stein des Umweltengagements – unter dem griffigen Rubrum »creation care« mit positiv konnotierter Symbolsprache versehen und in obiger Grafik umfassender übertragen – ist ins Rollen gekommen (Crosby 2007: 52–55).

Zum anderen ist die Chance des *Realignment* greifbar, weil auch für immer mehr jüngere Evangelikale die Wählbarkeit der Demokratischen Partei kein Anathema ist. Mit der sogenannten »emergent church« (etwa: die »kommende Kirche«) erlebt der amerikanische Evangelikalismus gegenwärtig eine Art kirchlicher Reformbewegung, die neben der Einführung neuer Gottesdienstpraktiken eine eher narrative Lesart der Bibel vertritt und einen dezidierten Schwerpunkt auf die »Licht« spendende Funktion christlicher Nächstenliebe setzt. Ihre Anhänger konstituieren sich aus 20–40-jährigen, deren primäres Ziel die praktizierte Verquickung von Kultur und evangelikalem Glauben im 21. Jahrhundert ist, was auch unter den Begriff »post-evangelicalism« gefasst wird (McKnight 2007: 38). Die Demokraten sind für sie die Partei des historischen Engagements für die Armen und der Sicherung sozialer Gerechtigkeit, im Gegensatz zu den Republikanern, denen der Wohlfahrtsstaat ein abzuschaffendes Gräuel ist (Leggewie 2005: 10). Ihre Affinität für die Demokratische Partei geht einher mit der massiven Kritik an der Christlichen Rechten. Weil die »emergent church« innerhalb des Evangelikalismus durchaus umstritten ist, ist ihr Einfluss gerade im konservativen Spektrum begrenzt: Sie kann keine Revolutionen bewirken, sorgt aber für vitale Impulse. Denn ihr sozio-strukturelles Profil und ihre Theologie korrespondieren mit den »Brücken bauenden« Maßnahmen politisch engagierter Akteure aus dem »Centrist«-Segment der Evangelikalen, die den Graben

zwischen Demokraten und Evangelikalen offensiv zu schließen suchen. Beraterfirmen wie Common Good Strategies setzten hier auf eine Doppelstrategie: Neben der operationalisierten Sensibilisierung (williger) Demokraten für die Befindlichkeiten evangelikaler Wähler werden genuin demokratische Themen wie die Sicherung des Wohlfahrtssystems, staatlich finanzierte Armenfürsorge und ausländische Entwicklungshilfemaßnahmen mit dem biblischen Mandat zur Sorge für die Armen verknüpft. Was auf den ersten Blick wie das linke Äquivalent zur rechten Stimmen-Funktionalisierung von Evangelikalen aussieht, ist nicht im Sinne führender Figuren dieser Bewegung wie dem langjährig aktiven Jim Wallis von »Call to Renewal«. Ihr Ziel ist nicht die langfristige Etablierung einer »Christlichen Linken« im Lobbygruppenkosmos der Demokratischen Partei. Angesichts der machtpolitischen Exzesse von Republikanern und Christlicher Rechte steht schlicht das Ansinnen im Vordergrund, eine neue gesellschaftlich- und weltweit wirkende Civil-Rights-Bewegung christlicher Prägung zu vereinen, die Probleme von nationaler wie globaler Bedeutung fokussiert und der Demokratischen Partei hierbei ein themenspezifisches Kooperationsangebot unterbreitet (Wakefield 2006: 16).

Bedeutsam sind diese Prozesse, weil bereits kleine Präferenzveränderungen im Spektrum der rund 22 Millionen »centrist evangelicals« dazu beitragen können, den Ausschlag für die Rückkehr zur gesellschaftlichen Mitte zu geben. So ist z. B. seit dem Jahre 2004 der Prozentsatz der weißen Evangelikalen², die sich als Republikaner identifizieren, von 50 Prozent auf 44 Prozent im Februar diesen Jahres zurückgegangen (Gibbs/Duffy 2007: 2). Evangelikale sind jedoch nicht die einzigen primär religiös motivierten Wähler in den USA, die andere wichtige Gruppe umfasst die Katholiken.³ Im Unterschied zu den Evangelikalen ist das Spektrum der Katholiken jedoch annähernd gleich groß in sozial-konservative Anhänger der Republikaner und sozial-progressive der Demokraten (je rund 40 Prozent) geteilt. Der Rest ist unentschlossener und gab in der Vergangenheit den Ausschlag in die eine oder andere Richtung: Verpasste George W. Bush im Jahre 2000 noch knapp die Mehrheit der katholischen Stimmen, konnte er sie vier Jahre später ebenso knapp ge-

2. Eine Kategorie die alle Segmente der (weißen) Evangelikalen erfasst.

3. Afroamerikanische Protestanten verfügen auch über ein sozial-konservatives, evangelikales Glaubensprofil, wählen aber ökonomisch motiviert entlang Klassenlinien und gelten dadurch als tendenzielle Stammwähler der Demokraten.

winnen. Bei den Zwischenwahlen (»mid-term elections«) von 2006 waren es dann wieder die Demokraten, die sich die knappe Mehrheit der »catholic vote« sicherten (Pew Forum 2006: 2).

Dass die Mehrheit der »centrist evangelicals« einmal ähnlich ausschlaggebenden und wechselwählenden »Swing vote«-Charakter erlangen kann, ist neben den Auswirkungen der skizzierten Entwicklungen innerhalb des Evangelikalismus von zwei weiteren Faktoren abhängig: erstens von der Substanz der demokratischen (Wieder-)Gestaltung des eigenen religiösen Parteiprofils und zweitens vom Ausmaß der Krise zwischen Republikanischer Partei und Christlicher Rechte. Zunächst zu Letzterem.

Ausgeliefert an die Mechanismen politischer Macht – die Ambivalenzen der Christlichen Rechten

»... the social conservatives who raise their voice in praise of Jesus but cast their votes to exalt Caesar ...«

(Thomas Frank)

Bekanntlich sind Christen angehalten, trotz hoffnungstranszendierender Jenseitsperspektive auch ihren innerirdischen Verpflichtungen nachzukommen. Dass zum praktizierten Gottesdienst auch gehört, »dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist« (Matthäusevangelium, Kapitel 22), ist, in der richtigen Hierarchisierung geordnet, integraler Bestandteil dieses Grundverständnisses.

Die Christliche Rechte hat sich in ihrer über 25-jährigen Wirkungszeit zwangsläufig an die auch für sie verbindliche politische Ordnung angepasst und in ihr eingerichtet (Brocker 2004). Weniger zwangsläufig hat sie sich damit abfinden müssen, dass ihr Bündnis mit der Republikanischen Partei auf dem rissigen Sockel der tendenziell einseitigen Funktionalisierung steht. Trotz der umfassenden Vernetzung bis in kongressionale Arbeitsgruppen (Caucuses) bzw. das Weiße Haus sieht sie sich damit konfrontiert, dass innerhalb der Republikanischen Partei der Wirtschaftsflügel meist erfolgreich das letzte Wort hat (Sullivan 2006: 42). Periodisch mahnt mit James Dobson der gegenwärtig einflussreichste Akteur der Christlichen Rechten die Wahrung der von ihm vertretenen Interessen an, die er als die Interessen der konservativen Evangelikalen in Amerika versteht. Zuletzt drohte er dem republikanischen Establishment

vor den Zwischenwahlen des letzten Jahres mit dem Rückzug seiner Unterstützung (Kirkpatrick 2006: 2). Dass Abtreibung noch immer legal ist (trotz der Supreme-Court-Benennung zweier konservativer Richter durch Bush) aber auch der Verfassungszusatz, wonach eine Ehe nur zwischen einem Mann und einer Frau geschlossen werden kann, kein veritables Momentum von den Republikanern bekam, machte die Sache nicht einfacher. Dennoch stimmten die sozial-konservativen Evangelikalen mit 72 Prozent für die republikanischen Kandidaten der letztjährigen »mid-term elections« (Pew Forum 2006: 3), und auch wenn sie dem weltlichen Kaiser GOP⁴ damit nicht den Wahlsieg sicherten, hielten sie ihn einmal mehr hoch erhoben.

Dass dieser Wiederwahlreflex aller periodisch aufkommenden Kritik und Rückzugsdrohungen zum Trotz funktioniert, ist letztlich einem banal erscheinenden Mechanismus geschuldet. Die Tatsache, dass die Republikanische Partei als Partei der Superreichen vornehmlich die Interessen einer Minderheit protegirt, wird schlicht depriorisiert in Hinblick auf die potentielle Möglichkeit, dass dieselbe Republikanische Partei dafür Sorge tragen *könnte*, in der für konservative Evangelikale grundlegendsten Problematik – dem Schutz des ungeborenen Lebens – eine Veränderung herbeizuführen (Frank 2004: 168).

Bedenkt man diesen Hintergrund, steht die Christliche Rechte gegenwärtig vor einem Dilemma, denn der republikanische Nominierungsprozess für die Präsidentschaftskandidatur weist derzeit keinen Kandidaten auf, der ihren Interessen hier entgegenkommt. Rudy Giuliani, zur Zeit laut Umfragewerten der erfolgversprechendste Kandidat, ist zweimal geschieden, und tritt für das Recht auf Abtreibung sowie gegen die Diskriminierung von Homosexuellen ein. Ihn tatsächlich zu nominieren, wäre laut Richard Land von der »Southern Baptist Convention« – der größten evangelikalen Denomination in den USA – ein fataler Entschluss, denn ohne die zentrale Abtreibungsfrage seien die eigenen Anhänger für die Republikaner nicht umfassend zu mobilisieren (Gibbs/Duffy 2007: 2). Auch die anderen Kandidaten der Republikaner entbehren einer ansprechenden Profilierung: Mitt Romney hat sich in den vergangenen Jahren zwar zunehmend sozial-konservativen Positionen angenähert, ist den Evangelikalen (wie dem Großteil der Amerikaner) aber aufgrund seiner Konfessionszugehörigkeit zu den »Latter Day Saints« (Mormonen) suspekt. Und auch wenn John McCain seine Animositäten gegenüber der

4. Grand Old Party.

Christlichen Rechten in der jüngsten Zeit zu glätten suchte, ist er mit seiner moderat konservativen Positionierung als Mann der Mitte doch zu farblos für eine Gruppierung, die zu Polarisierungen neigt. Bleibt Fred Thompson, ehemaliger Lobbyist, Senator und vor allem Schauspieler, der vor kurzem in das Kandidatenrennen einstieg und als Hoffnungsträger der Christlichen Rechten galt, mittlerweile sein Potential aber weitgehend eingebüßt hat (Martin 2007: 3). Ob sich der alte konservative Haudegen und polarisierende Newt Gingrich noch zum von Dobson favorisierten Überraschkandidaten aufschwingen wird, ist fraglich, denn *allein* kann auch die Christliche Rechte keinen König hervorbringen.

Zum hieraus resultierenden Mobilisierungsproblem kommt, dass die alte Garde auch unter den Evangelikalen an vorbildhafter Anziehungskraft verliert. Eine neue Generation von einflussreichen Führungsfiguren setzt andere Themenschwerpunkte. Rick Warren, Pastor einer kalifornischen »mega church« mit rund 22 000 Mitgliedern ist hierfür symptomatisch. Obgleich sozial-konservativ positioniert, vermeidet er konfrontatives Politengagement und konzentriert sich vielmehr auf die umfassende Bekämpfung von Armut und AIDS in Afrika (Luo 2006: 2). Der neuere Fokus auf internationales humanitäres Engagement erlaubt es der evangelikalen Bewegung mehr als die innenpolitischen Aktivitäten, den eigenen »Licht«-Faktor zu profilieren. Die Tatsache, dass sich evangelikale Akteure wie Warren verstärkt internationaler Krisenthemen annehmen und dabei zunehmende Expertise gewinnen, die auch etablierten politischen Institutionen zu Gute kommt, wird auch von säkularen Beobachtern als gewinnbringend eingeschätzt (Mead 2006: 43; dagegen kritisch: Braml 2005: 105 f.). Zugleich generiert dieses Engagement einen identifikatorischen Mehrwert: Nachdem der Kolumnist Nicolas Kristof die Evangelikalen aufgrund ihrer umfassenden humanitären Aktivitäten als die »new internationalists« bezeichnet hat, ist dieser Terminus verstärkt im selbstreflektorischen Diskurs der evangelikalen Welt zu finden.⁵

Die Kritik am Agieren der Christlichen Rechten ist fast so alt wie die Bewegung selbst. Aus liberaler Perspektive hebt dies meist auf den Vorwurf ab, die Christliche Rechte strebe einen Gottesstaat an bzw. habe dies mit der Bush-Administration auch schon teilweise verwirklicht (Kaplan

5. Vgl. die Ausgaben September und Oktober 2006 sowie Februar 2007 von *Christianity Today*, Sprachrohr des Mitte-Rechts-Evangelikalismus, mit einer jährlichen Zirkulation von rund 1,8 Millionen Exemplaren (Angaben von echo.com).

2004). Bedrohlicher ist die Kritik aus den Reihen der Evangelikalen selbst: Im Kern besteht sie im Vorwurf, die christliche Religion unangemessen interpretiert und politisch ausverkauft zu haben: »How did the faith of Jesus come to be known as pro-rich, pro-war, and only pro-American?« (Wallis 2005: 3). Niemand, so eine andere Kritik, habe mehr dazu beigetragen, Evangelikalismus mit abgebrühter Parteipolitik zu verbinden, als James Dobson, der in seinem Streben für den Schutz der traditionellen Familie den Familienbegriff zu einem politischen Kampfbegriff gemacht habe (Buss 2006: 104).

Auch wenn sich Kritik dieser Art in den letzten Jahren potenziert hat, ist die quantitative Bestimmung von Publikationen kein wirklich verlässlicher Indikator für die Befindlichkeit der Evangelikalen. Aussagefähiger sind in diesem Zusammenhang z. B. Umfrage-Ergebnisse, wie eine jüngst erschienene Studie des Pew Research Center zeigt: Für 56 Prozent der evangelikalen Protestanten sind Abtreibung und Homo-Ehe »sehr wichtige« Faktoren für ihre Stimmenabgabe bei den Präsidentschaftswahlen 2008 (Pew Research Center 2007: 3). 72 Prozent von ihnen schließen sich jedoch der Mehrheit der Amerikaner (78 Prozent) an, für die die Lage der Wirtschaft, die Sicherung der Gesundheitsfürsorge und der Umweltschutz von dringlichster Brisanz sind (ebd.). Solange kein geeigneter republikanischer Kandidat am politischen Horizont erscheint, der mit den zentralen Mobilisierungsthemen imprägniert werden kann, werden die Themen dominanter, bei denen die Republikanische Partei weniger Anziehungskraft besitzt als die politische Konkurrenz. Die diesbezügliche Erweiterung der evangelikalen Politagenda wurde von Mitte-Links-Aktivist*innen des evangelikalen Spektrums in den letzten Jahren verstärkt mit der Demokratischen Partei in Verbindung gebracht.

Der Balanceakt der Demokratischen Partei – und wie er gelingen kann

»Politics and political involvement dictated by faith is not the exclusive province of the right wing.«
(Bill Clinton, August 2004)

Diese von Bill Clinton wenige Monate vor der Wahl an die Zuhörerschaft der Riverside Church in New York gerichteten Worte (Press 2005: 228) kamen zu spät. Zu sehr hatten sich die Demokraten bis dato darauf

versteift, im Blick auf das manipulative Religionsmonopol der Republikaner mit der Rolle des säkularen Antipoden zu antworten, und sich so im Sinne der liberalen Basis positioniert. Den nach der Wahl aufflammenden Forderungen, auch die Demokraten sollten sich wieder auf ihre religiösen Wurzeln besinnen, begegnete beispielsweise das linke Magazin *The Nation* mit einem trotzigen Themenspezial. Tenor: Demokraten brauchen keine »neue« Religiosität, sondern die Besinnung auf alte Stärken, kein Umschwenken in der Abtreibungsfrage, sondern der Erhalt und Ausbau der sozialen Sicherungssysteme sollte in den kommenden Jahren auf dem Programm stehen (Skocpol et al. 2004: 11 ff.). Vereinzelt jedoch erkannten führende Demokraten die Zeichen der Zeit und vor allem Hillary Clinton fiel damit auf, ihre de facto langjährige Religiosität öffentlichkeitswirksam zu revitalisieren. Auch wenn dies seinerzeit mit Befremden konstatiert wurde (z. B. Lombardi 2005), initiierte sie damit den Trend der Enttabuisierung der »religious vote« als unzugängliches Terrain für die Demokraten.

Historisch betrachtet war religiös motivierter Aktivismus zu allen Zeiten der amerikanischen Geschichte integraler Bestandteil und Triebfeder für die Entwicklung einer lebenswerteren Gesellschaft: zunächst der Kampf um Religionsfreiheit und religiösen Pluralismus, der Kampf gegen Sklaverei und die Aktivitäten der Prohibitionsbewegung, später die katholische Arbeiterbewegung um Doris Day und die Civil-Rights-Bewegung um Martin Luther King; all diese Bewegungen und Akteure waren von christlich-religiösen Wurzeln geprägt.

Bis in die späten 1960er Jahre war es für die Demokratische Partei keine Unmöglichkeit, ihr parteipolitisches Profil mit christlich konnotiertem Gerechtigkeitsstreben zu verbinden. Der Bruch kam, als sich im Gefolge der studentischen Reformbewegungen die Bürgerrechtsfokussierung ausweitete und im Liberalismus ein neues Paradigma bestimmte. Die Bekämpfung ökonomischer Ungleichheit und wuchernder Marktradikalität wich der Konzentration auf Gender- und »Personal-choice«-Themen. Wo der Konservatismus die Verantwortung und Selbstabhängigkeit des Individuums zur Entlastung des Staates hervorhob, sah der Liberalismus den Staat in der Pflicht, dem Individuum maximale Gestaltungsfreiheit zu ermöglichen und nicht umgekehrt (Dionne 2005: 12). Als der Supreme Court im Jahre 1973 die Abtreibung legalisierte, wurde das positive Bekenntnis zu dieser Entscheidungsfreiheit zum Lackmustest unter Liberalen, lange bevor die Christliche Rechte es als zentrales Mobilisierungselement funktionalisieren sollte. Angesichts der Freihei-

ten, die der Liberalismus in den vergangenen 40 Jahren für Frauen, Homosexuelle und Afroamerikaner erreicht hat, wird nicht nur der konservative »backlash« verständlich. Es erklärt auch, warum die Demokraten als Partei seit Mitte der 1990er, als sie beide Häuser des Kongresses an die »konservative Revolution« verloren, in der Defensive sind: Es fehlt an tieferen Visionen (Tomasky 2006).

Die neuere Erkenntnis, man müsse sich als Partei verstärkt um religiöse Wähler bemühen, taugt aufgrund des heterogenen Wählerklientels der Demokraten nur bedingt als eine solche Vision. Wohl aber die Einsicht, den Balanceakt zwischen säkularer Linke und religiöser Mitte mit dem »Big-tent«-Ansatz zu verbinden und so langfristig den Weg der Mitte wieder auszutreten. Die Strategie, als Demokratische Partei des »großen Zelt« eine Vielzahl von Interessen zu vereinen und im Blick auf das Allgemeinwohl zu bündeln, wurde erstmals bei den Zwischenwahlen im vergangenen November erfolgreich sichtbar. Angesichts der neuen Religionsaffinität der Demokraten kam sozial-konservativen Kandidaten wie Bob Casey Jr. in Pennsylvania (Senat), Ted Strickland in Ohio (Gouverneursamt) oder Heath Shuler in North Carolina (Abgeordnetenhaus) erhöhte Aufmerksamkeit zu. Insbesondere der Wahlkampf von Casey galt vielen Beobachtern als Testfall für den demokratischen Versuch, in fremden Gewässern zu fischen, da er gegen Rick Santorum antrat, einen der engsten politischen Verbündeten der Christlichen Rechten. Doch Casey konnte sich erfolgreich durchsetzen, und während die einen seinen Erfolg mit der demokratischen Renaissance des Religiösen zu erklären versuchten, wiesen andere darauf hin, dass er (wie auch Shuler) sein sozial-konservatives Profil mit klassisch-progressivem ökonomischen Populismus verknüpft hatte (Nichols 2006: 4). Caseys erfolgreicher Balanceakt zwischen bisherigem und neuerem Wählerklientel ist symptomatisch für die Art und Weise, wie es der Demokratischen Partei gelingen kann, den Graben zu religiösen Wählern auch längerfristig zu überbrücken: Durch die exponierte Integration sozial konservativer Mitglieder ins Parteiportfolio wird der künstlich stilisierten Polarisierung zwischen einer »säkularen« und einer »religiösen« Partei der Boden entzogen. Dass die Demokraten bei den Zwischenwahlen ihren Anteil an den evangelikalen Stimmen im Vergleich zu 2004 um drei Prozent und im Vergleich zu 2002 um zwei Prozent steigern konnten (Pew Forum 2006: 2), gilt den Befürwortern dieser Strategie als Hoffnungsfaktor.

Doch die weiteren Ergebnisse der Zwischenwahlen gaben Wasser auf die Mühlen der Kritiker, die den Versuch der Demokraten, auf evangeli-

kale Wähler zuzugehen, als Verschwendung von Zeit und Ressourcen gebrandmarkt hatten: So machte die Demokratische Partei ihre größten Stimmengewinne bei der sogenannten »secular vote«, also denjenigen Personen, die selten oder nie Gottesdienste besuchen und keine dezidierte religiöse Zugehörigkeit oder Überzeugung aufweisen, und legte allgemein bei den Gruppen zu, deren Gunst sie ohnehin schon hatte (ebd.). Auch profitierten die Demokraten in umfassendem Maße vom Dilemma des Irak-Krieges und der damit verbundenen breiten Anti-Bush-Stimmung im Lande, dazu kamen diverse Korruptionsskandale im Umfeld der Republikanischen Partei (Roth 2007: 20).

Alles beim Alten also, ein kurzer Sturm im Wasserglas, der sich spätestens nach den nächsten Präsidentschaftswahlen, wenn alte Muster wieder aufbrechen und zu bekannten Resultaten führen, wieder gelegt haben wird? Das ist nicht zu erwarten. Jüngste Umfrage-Ergebnisse zeigen, dass die religionspolitischen Reformbemühungen der Demokraten den benötigten Imagewandel eingeleitet haben: Im Vergleich zu Juli 2006 ist der Anteil der Amerikaner, welche die Demokratische Partei als »religionsunfreundlich« einstufen, um 20 Prozent gesunken. Auch der Anteil derer, die den Einfluss von »säkularen Liberalen« innerhalb der Partei als zu hoch bewerten, ging in den vergangenen beiden Jahren zurück (Pew Research Center 2007: 4). Nur auf den ersten Blick sind solche auf Imagefragen abzielende Werte bedeutungsarme Momentaufnahmen. Auf den zweiten Blick offenbaren sie Resultate einer Entwicklung, wonach die Demokraten nicht nur partiell »religiöser« geworden, sondern auch (mit einem Bein) der Polarisierungsfalle entkommen sind: Die Strategie von Republikanischer Partei und Christlicher Rechte, die Demokraten polemisch als Partei der säkularen Ostküstenelite zu stigmatisieren, hat weniger Angriffsfläche bekommen.

Dies nicht zu ändern ist auch das Bestreben der gegenwärtig aussichtsreichsten Kandidaten im demokratischen Vorwahlkampf um die Nominierung für die Präsidentschaftskandidatur. Wenn Hillary Clinton, Barack Obama und John Edwards unisono die Homo-Ehe ablehnen, kann dies als Zugeständnis an die Christliche Rechte gewertet werden. Zudem liegen die Kandidaten damit aber auch auf der Linie der Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung (ebd.: 15), so dass ein allzu liberales Abweichen von diesem Weg auch deren Entfremdung nach sich ziehen würde. Bekanntlich gehört das Bekennen der eigenen Religiosität ins Pflichtenheft fast aller amerikanischen Politikerinnen und Politiker, deren Ziel ein Wahlsieg ist. Doch weil Rhetorik nicht mit Authentizität gleich-

gesetzt werden kann, sind es inhaltliche Verknüpfungen, die den eigentlichen Lackmustest ausmachen. Und obwohl er bislang und im Unterschied zu Hillary Clinton nicht durch übermäßige Betonung der eigenen Glaubensfestigkeit auffiel, ist es Barack Obama, der die polarisierungsmüde Stimmung in Teilen der Gesellschaft am offensivsten aufgegriffen hat. Er präsentiert sich dabei einmal mehr als konsensorientierter Überbrücker: Einerseits konfrontiert er die säkular orientierten Stimmen (und Interessengruppen) seiner Partei, die das verfassungsgemäße Trennungsgebot von Staat und Kirche dahingehend interpretieren, religiös motivierte Akteure idealiter gänzlich aus der Politik zu verbannen, wie es beispielsweise der Präsidentin der National Organization for Women vorschwebt (Gibbs/Duffy 2007: 5), und damit eine radikal säkulare Antwort auf das radikal religiöse Wirken mancher Akteure geben. Da sich die allgemein hohe Religiosität des amerikanischen Volkes auch in deren mehrheitliche Einschätzung übersetzt, die Kirche müsse eine aktive Rolle in der Politik spielen (Pew Forum 2007: 13), ist das Anknüpfungspotential dieser auf die Kritik eines exklusiven Säkularismus abzielenden Argumentationslinie evident. Andererseits nimmt Obama aber auch religiöse Akteure in die Pflicht, wenn er von ihnen die Bereitschaft zum Kompromiss fordert, die der politische Prozess einer pluralistischen Demokratie erzwingt (Obama 2006: 46). Auf den ersten Blick kann eine solche Argumentation von religiösen Akteuren nicht allzu leicht aufgenommen werden: Fundamental empfundene Wahrheiten in pluralismugerechte Häppchen zu portionieren, führt den gläubigen Menschen unter Umständen in die Nähe des individuell gefühlten Glaubensverrates. Doch Kompromissfähigkeit heißt nicht per se Wahrheitsnegation. Vielmehr geht es um die Bereitschaft, eigenes Handeln für das kollektive Wohl einzusetzen. Dass gerade Christen zu diesem Altruismus mit Werbepotential befähigt sind, wurde vorausgehend durch die »Salz und Licht«-Metapher skizziert, wobei die im Mitte-Links-Spektrum der evangelikalen Christen zu findende »Licht«-Betonung hierfür eher geeignet ist als die häufig kompromisslose »Salz«-Fokussierung des rechten Spektrums.

In der gegenwärtigen Bewegungssituation des amerikanischen Wahlkampfes ist es zwangsläufig gegeben, im Konjunktiv zu denken. Unabhängig davon, wie sich die demokratischen Kandidaten religionspolitisch weiterhin profilieren, ist nicht zu erwarten, dass der oder die endgültige Kandidatin auf eine dann abgestimmte Parteiplattform zugreifen wird, die z. B. in der Abtreibungsfrage vom bisher vertretenen Parteistandpunkt abweicht. Weil die Partei in dieser auf beiden Seiten des

politischen Spektrums symbolisch aufgeladenen Thematik nicht ihr Stammwählerpublikum vergraulen will, wird sich religionspolitisch eher ein Ansatz durchsetzen, wie er bei Casey und Obama zum Ausdruck kommt. Die Verknüpfung von sozial-konservativem religiösem Bewusstsein mit breit gebündelter Wohlfahrtspflege und eine wirkungsvoll kommunizierte Sensibilität für das real Machbare können der Demokratischen Partei nicht nur den Einzug ins Weiße Haus sichern, sondern darüber hinaus die gesellschaftliche Mitte verbreitern.

Literaturverzeichnis:

- Braml, Josef (2005): *Amerika, Gott und die Welt. George W. Bushs Außenpolitik auf christlich-rechter Basis*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Brocker, Manfred (2004): *Protest – Anpassung – Etablierung. Die Christliche Rechte im politischen System der USA*. New York/Frankfurt: Campus.
- Buss, Dale (2006): A Demanding Doctor. An admiring biography doesn't smooth out the complications of James Dobson, in: *Christianity Today*, April, S. 103–104.
- Casanova, José (1994): *Public Religions in the Modern World*. Chicago/London: University of Chicago Press.
- Crosby, Cindy (2007): Christian Colleges' Green Revolution, in: *Christianity Today*, Mai, S. 52–55.
- Dionne, E.J. Jr. (2005): Faith Full, in: *The New Republic*, Vol. 232/Issue7, S. 12–15.
- Frank, Thomas (2005): *What's the Matter with Kansas? How Conservatives won the Heart of America*. New York: Owl Books.
- Gibbs Nancy und Duffy, Michael (2007): How the Democrats Got Religion, in: *Time Online*, 12. Juli, Internet-Ressource: <http://www.time.com/time/nation/article/0,8599,1642649,00.html> (zuletzt geprüft am 05.10.07).
- Green, John (2004): The American Religious Landscape and Political Attitudes: A Baseline for 2004. Washington D.C.: Pew Forum. Internet-Ressource: <http://pew-forum.org/docs/index.php?DocID=55> (zuletzt geprüft am 05.10.07).
- Kaplan, Esther (2004): *With God on their Side. How Christian Fundamentalists Trampled Science, Policy, and Democracy in George W. Bush's White House*. New York: New Press.
- Kirkpatrick, David D. (2006): Conservative Christians Criticize Republicans, in: The New York Times Online, 15. Mai.
- Leggewie, Claus (2005): Imperial Presidency Revisited – George W. Bushs republikanisches Gottesgnadentum, in: *IPG* 1/2005, S. 9–24.
- Lombardi, Kristen (2005): God Is a Centrist Democrat. Hillary Clinton moves self, whole party into the religious middle, in: *Village Voice Online*, 3. März, Internet-Ressource: <http://www.villagevoice.com/news/0509,lombardi,61604,6.html> (zuletzt geprüft am 5.10.07).

- Luo, Michael (2006): Evangelicals Debate the Meaning of »Evangelical«, in: *The New York Times Online*, 16. April.
- Martin, Jonathan (2007): Evangelicals Turn on Thompson, Blog-Eintrag auf *politico.com* (<http://politico.com/news/stories/0907/6029/html>) (aufgerufen am 01.10.2007).
- McKnight, Scott (2007): Five Streams of the Emerging Church. Key elements of the most controversial and misunderstood movement in the church today, in: *Christianity Today*, Februar, S. 34–39.
- Mead, Walter Russell (2006): Religion & U.S. Foreign Policy. How the evangelical boom is remaking the country's politics at home and abroad – with surprising results, in: *Foreign Affairs*, September/Oktober, S. 24–43.
- Micklethwait, John und Wooldridge, Adrian (2005): *The Right Nation. Conservative Power in America*. New York: Penguin Books.
- Nichols, John (2006): Measuring the Mandate, in *The Nation*, 27. November, S. 4–5.
- Obama, Barack (2006): One Nation ... Under God?, in: *Sojourners Magazine*, Vol.35/No.10, S. 43–47.
- Pew Forum on Religion and Public Life (2006): Understanding Religion's Role in the 2006 Election, 5. Dezember, Internet-Ressource: <http://pewforum.org/events/?EventID=135> (aufgerufen am 13.08.2007).
- Pew Research Center (2007): Religion in Campaign 08. Clinton and Giuliani seen as not highly religious; Romney's religion raises Concerns, 6. September. Internet-Ressource: <http://pewforum.org/assets/files/religion-campaign08.pdf> (aufgerufen am 28. September 2007).
- Prätorius, Rainer (2003): *In God We Trust. Religion und Politik in den USA*. München: Beck.
- Press, Bill (2005): *How the Republicans Stole Christmas*. New York: Doubleday.
- Roth, Zachary (2007): Thumpin' to Conclusions, in: *Washington Monthly*, Vol. 39/ Issue 6/Juni, S. 17–21.
- Skocpol, Theda et al. (2004): Looking Back Looking Forward, in: *The Nation*, 20. Dezember, S. 11–27.
- Stott, John (1992): *The Message of the Sermon on the Mount. Christian Counter-Culture*. Leicester: Inter-Varsity Press.
- Sullivan, Amy (2006): When would Jesus bolt?, in: *Washington Monthly*, Vol. 38/Issue 4/April, S. 39–45.
- Tomasky, Michael (2006): Party in Search of a Notion, in: *American Prospect Online*, 05. Mai.
- Wakefield, Dan (2006): Taking Back the Faith, in: *The Nation*, 24. April, S. 14–20
- Wallis, Jim (2005): *God's Politics. Why the Right Gets it Wrong and the Left doesn't get it*. San Francisco: Harper Collins.